

# Soziale Marktwirtschaft 4.0

Innovation, Sicherheit und Nachhaltigkeit

Für eine neue Dynamik in der Wirtschafts-  
und Energiepolitik im 21. Jahrhundert



# Soziale Marktwirtschaft 4.0 – Innovation, Sicherheit und Nachhaltigkeit

## Für eine neue Dynamik in der Wirtschafts- und Energiepolitik im 21. Jahrhundert

Unsere Soziale Marktwirtschaft, eine deutsche Innovation, steht vor gewaltigen Herausforderungen. Sie hat die deutsche Einheit getragen, sich mit der Agenda 2010 erneuert, sie ist seit dem Lissaboner Vertrag Ziel der gesamten Europäischen Union. Nun geht es darum, die Europäische Union entsprechend zu stärken und zu vertiefen.

Globalisierung und digitaler Wandel begründen nicht nur eine Debatte über Industrie 4.0 oder Arbeit 4.0. Wir befinden uns in einer vierten Phase der modernen sozioökonomischen Entwicklung – nach der ursprünglich sich herausbildenden Industriegesellschaft im 18. Jahrhundert, den Anfängen des Wohlfahrtsstaates Ende des 19. Jahrhunderts, der Etablierung eines prosperierenden Systems der Sozialen Marktwirtschaft und der Schaffung eines europäischen Binnenmarktes und Fortschritten in der politischen Integration bis zur Millenniums-Wende.

Wir sind mitten in der vierten Entwicklungsphase: Der digitale Wandel erzwingt eine neue Balance und zum Teil eine Neuerfindung der zentralen Elemente der Sozialen Marktwirtschaft. Dazu gehören individuelle Freiheitsrechte und unternehmerische Entscheidungsfreiheit, die Sozialpartnerschaft und Tarifautonomie, ein vorsorgender

Sozialstaat – der fördert und fordert, die Sicherung eines funktionsfähigen Wettbewerbs, die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation und eine Orientierung auf nachhaltiges, inklusives Wachstum, das alle gesellschaftlichen Wachstumskräfte zur Entfaltung bringen soll.

Das Weißbuch der Bundesregierung zur Arbeit 4.0 hat Ende 2016 die Palette der Fragestellungen aufgeworfen, vor denen wir immer noch stehen, insbesondere, was die Zukunftsfolgen der Digitalisierung für die unmittelbar an Erwerbsarbeit geknüpften sozialen Sicherungssysteme betrifft. Aber eine Debatte zur Sozialen Marktwirtschaft 4.0, die den Gesamtkomplex von wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fragen verbindet, wird in Deutschland nur zögerlich geführt. Unklar bleibt derzeit völlig, wie es nach den Europawahlen mit der Arbeit an der Zielvorstellung einer europäischen Sozialen Marktwirtschaft weiter gehen soll.

Die Soziale Marktwirtschaft 4.0 muss sich gerade jetzt ihrer Werte und Prinzipien vergewissern. Drei revolutionäre Umbrüche müssen gleichzeitig bewältigt werden: Digitalisierung, Mobilitätswende und Energiewende. Dafür brauchen wir eine Agenda 2030, die Innovation fördert, den Menschen Sicherheit und der Wirtschaft Planungssicherheit gibt und die Nachhaltigkeit als Grundprinzip begreift. Die digitale Transformation erfordert einen angepassten wirtschaftspolitischen Ordnungsrahmen, der den Menschen gleichberechtigte



Teilhabe an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ermöglicht und einen wirksamen Wettbewerb im digitalen Zeitalter gewährleistet. Doch statt in die vielerorts zu hörende eintönige Schwarzmalerei einzustimmen, wirbt das Wirtschaftsforum der SPD dafür, die Digitalisierung vor allem auch als Chance zu begreifen. Im Kampf gegen den Klimawandel etwa kann die Digitalisierung als Werkzeug dienen, um die Energie- und Mobilitätswende erfolgreich voranzutreiben.

Deutschland ist in guter Verfassung. Vor 70 Jahren, am 8. Mai 1949, beschloss der Parlamentarische Rat das Grundgesetz. Es garantiert die Grundrechte und hält die wichtigsten staatlichen Prinzipien und Werte fest. Politische Stabilität dieses Landes und wirtschaftliche Wohlfahrt der Menschen sind seine Verdienste. Dabei ist das Grundgesetz auf kein wirtschaftspolitisches System festgelegt. Ebenso wenig verordnet es eine wirtschaftspolitische Programmatik. Doch beinhaltet das Grundgesetz Grundrechte, die sowohl für die Teilneh-

menden des Wirtschaftssystems als auch für deren wirtschaftliche Betätigung relevant sind. Sie kennzeichnen das Wesen der Sozialen Marktwirtschaft und prägen seit der Annahme des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 die deutsche Wirtschaftspolitik.

Die deutsche Wirtschaft und der Arbeitsmarkt sind derzeit noch in guter, robuster Verfassung. Für 2019 wird erwartet, dass die Wirtschaft zum zehnten Mal in Folge wächst, wenngleich abgeschwächt. Heute ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung – 33,16 Millionen Menschen umfassend – auf dem höchsten Stand seit der deutschen Einheit. Vor 14 Jahren, im Jahr 2005, lag die Arbeitslosenquote bei 11,7 Prozent. Heute ist sie mehr als halbiert und beträgt 4,9 Prozent.

Insbesondere die Reformen der Agenda 2010 haben dazu spürbar beigetragen. Jetzt stehen wir erneut vor der Aufgabe, eine Reformagenda zu entwickeln. Denn am Horizont ziehen Wolken auf, die Konjunkturprognosen werden aktuell nach unten revidiert – Anzeichen für das Ende der deutschen Hochkonjunktur.

Der wirtschaftliche Erfolg der Bundesrepublik Deutschland fußt neben der Verlässlichkeit staatlicher Rahmenbedingungen vor allem auch auf der Innovationskraft seiner kleinen, mittelständischen und international agierenden Unternehmen. Deren Einbettung in die Gesellschaft machen unser Wirtschaftsmodell so besonders und zeigen: unternehmerischer Geist und gesellschaftliche Verantwortung schließen sich nicht gegenseitig aus. Fairer Wettbewerb im digitalen Zeitalter bedeutet auch, dass globale Digitalunternehmen, deren Geschäftsmodelle – und maßgebliche Wertschöpfung – auf der Monetarisierung von Daten von Menschen hierzulande beruhen, ihren verantwortungsvollen Beitrag zu diesem Gemeinwesen leisten.



Dr. Michael Frenzel  
Präsident

Unser Politischer Beirat hat ein Positionspapier »Neue Dynamik für die Wirtschafts- und Energiepolitik im 21. Jahrhundert« mit sechs Kernpunkten einer Agenda für das Wirtschaftsforum der SPD erarbeitet. Der Politische Beirat setzt sich aus 43 Expertinnen und Experten aus Ländern, Bund und Europa zusammen und berücksichtigt auch die Stimmen aus Gewerkschaften und Wissenschaft. In Anlehnung an die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft lässt er sich von der Zielsetzung des inklusiven Wachstums leiten.

Das Wirtschaftsforum der SPD lädt ein zur Debatte um die Soziale Marktwirtschaft 4.0 und eine Agenda 2030. Diskutieren Sie mit!



Harald Christ  
Schatzmeister



Prof. Dr. Ines Zenke  
Vizepräsidentin



Robert M. Maier  
Vizepräsident

# Neue Dynamik für die Wirtschafts- und Energiepolitik im 21. Jahrhundert

Erfolgreiche Ökonomie braucht eine zukunftsfähige Wertschöpfungsbasis und einen umfassenden Plan für inklusives Wachstum.

Die deutsche Wirtschaft steht auch knapp 10 Jahre nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise gut da. Motivierte Beschäftigte, mutige Unternehmer, Mitbestimmung, Sozialpartnerschaft, gute Bildung, ein innovationsfreundliches Umfeld und lange Wertschöpfungsketten haben dazu beigetragen. Die vorausschauende SPD-Wirtschaftspolitik der letzten Legislaturperiode hat sich intensiv um Arbeitsplätze und Zukunftsinvestitionen gekümmert.

Die Frage ist aber: »Wie und von was wollen wir zukünftig leben?«. Globalisierung, Freihandel, Digitalisierung, neue Beschäftigungsformen, Investitionen in Infrastruktur, Klimaschutz und Innovationen sind Bereiche, die einer neuen Definition bedürfen. Wir müssen verhindern, dass sich Wohlstand und Beschäftigungschancen in unserem Lande weiter ungleich verteilen. Soziale Gerechtigkeit ist eine fortwährende Zukunftsaufgabe. Sie zu gewährleisten ist Auftrag von Politik und Wirtschaft.

Außerdem gibt es immer neue weltpolitische Unsicherheiten und Krisen, die unseren Standort und unsere deutschen Unternehmen nicht unberührt lassen.

Es ist eine gewaltige Herausforderung für unsere Demokratie und das System der Sozialen Marktwirtschaft, diese Transformation politisch, gesellschaftlich und ökonomisch zu begleiten.

Klar ist, Deutschland muss in der Mitte Europas ein faires, weltoffenes, dynamisches Land bleiben. Wir werden alles für ein starkes Europa unternehmen, weil Europa unser Garant für eine friedliche Zukunft und der beste Schutz unserer Werte ist.

Zukunftsfähige politische Rahmenbedingungen müssen daher aus unserer Sicht folgendes enthalten:

# 1. Globalisierung gerecht gestalten

Wir befinden uns in einer der aufregendsten und herausforderndsten Zeiten einer zunehmend globaleren Welt. Als eine der führenden Exportnationen sind wir auf den Zugang zu Märkten angewiesen. Faire Freihandelsabkommen sehen wir als politisches Gestaltungsinstrument, ebenso wie eine effektive regelbasierte Welthandelsorganisation (WTO). Beides wollen wir stärken.

Mit unseren Handelspartnern wollen wir fortschrittliche Standards vereinbaren, die Rücksicht auf gewachsene örtliche Strukturen und Besonderheiten nehmen. Wichtige Ziele sind dabei für uns die Stärkung der Nachhaltigkeit und der Kampf für bessere Arbeits- und Sozialbedingungen. Stärken müssen wir, gemeinsam mit dem jeweiligen Verhandlungspartner, auch die in Paris vereinbarten Ziele zur Bekämpfung des weltweiten Klimawandels. Ein fairer Welthandel und soziale Verbesserungen sind auch wichtige Rahmenbedingungen zur Verminderung von Fluchtursachen.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind dabei unsere Leitlinien. Unsere europäischen Werte bleiben Auftrag und Orientierung. Ein einheitlicher Rechtsrahmen in Europa ist unverzichtbar.

Zu einer gerechten Globalisierung gehört aber immer auch, sich für faire Handelsbeziehungen einzusetzen. Dort, wo mit staatlichen Mitteln ein Dumping von Produkten auf dem europäischen Markt gefördert wird, müssen wir uns mit effektiven Mitteln wehren können. Dort, wo unsere Unternehmen in bestimmten ausländischen Märkten bei der Expansion behindert oder restriktiven Bedingungen unterworfen sind, müssen wir reagieren können. Hierzu muss ein intensiver Dialog mit den anderen europäischen Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission geführt werden, damit Europa möglichst geeint auftreten kann.

Einigkeit ist auch nötig, wenn Großbritannien die EU verlassen sollte. Wir haben ein großes Interesse an zukunftsfähigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit dem Vereinigten Königreich; dies ist ebenso zentral wie unsere Außen- und Sicherheitsinteressen.

## 2. Strategie für eine nachhaltige Industriepolitik

Der starke industrielle Sektor hat erheblich zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise beigetragen. Den Industriestandort Deutschland gilt es zu sichern und auszubauen. Innovationen aus der Industrie liefern wichtige Beiträge zur Lösung globaler Probleme, wie etwa der Klimaerwärmung. Die Industrie schafft aber auch die Basis für einen modernen industrienahen Dienstleistungssektor.

Für uns sind vollständige – oder möglichst lange – Wertschöpfungsketten ein zentraler Stabilitätsanker. An einem erfolgreichen Industriestandort kann man die Vernetzung von Produktion, Zuliefererindustrie, Forschung & Entwicklung bis hin zur Logistik am besten aufbauen und längerfristig sichern.

Deutschland muss für die Schlüsselindustrien der Zukunft ein wichtiger europäischer Standort sein und bleiben. Wir brauchen eine zielgerichtete Förderung zum Beispiel der Mikroelektronik, von Konzepten und Technologien für die Zukunft der Mobilität, alternativer Antriebstechnologien und insbesondere der Batteriezellenfertigung und -forschung, denn die Batteriezelle wird bei den zukünftigen elektrischen Antrieben einen immer größeren Teil der Wertschöpfung ausmachen. Die von der Bundesregierung zugesagte Unterstützung für einen Batteriezellenstandort in Deutschland wird sehr begrüßt und muss nun auch von der Europäischen Kommission beihilferechtlich abgesichert und von mutigen Unternehmen in unserem Land umgesetzt werden.

Gleichzeitig ist eine Wasserstoffwirtschaftsstrategie zu etablieren. Die Entwicklung und Ansiedlung einer Brennstoffzellen- und Elektrolysefertigung sowie eine sektorübergreifende Wasserstoffwirtschaft ist von hoher Relevanz.

Zur Sicherung ausreichender Mobilität insbesondere im Güterverkehr ist kurz- und mittelfristig eine abgestimmte Strategie zur industriellen Produktion von klimaneutralen e-Fuels notwendig. Für die mittel- und längerfristige Erneuerung unserer Industrieproduktion ist jedoch noch mehr nötig: Wir brauchen zunächst eine Steigerung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der Industrie. Im Blick dabei muss auch der intensive Wissenstransfer stehen, um die Innovationen auf den Hallenboden der Betriebe zu bekommen. Gerade im Mittelstand wird zu wenig geforscht – diese Erkenntnis ist eigentlich nicht neu. Zum wiederholten Male hat sich die Bundesregierung für eine steuerliche Forschungsförderung für kleine und mittelgroße Unternehmen ausgesprochen – jetzt muss dies endlich auch kommen! Klug umgesetzt kann es eine wichtige Ergänzung von öffentlicher Projektförderung sein.

Darüber hinaus müssen wir die Gründerkultur in Deutschland stärken. Investitionen in Innovation und die Bereitschaft Wagniskapital einzusetzen müssen gesteigert werden. Wir müssen uns zu einer Kultur der zweiten Chance bekennen und die Kapitalausstattung von Start-ups besonders in der Wachstumsphase weiter verstetigen und wo nötig verbessern. Junge Unternehmen sind die Basis für die immer rascheren Innovationszyklen, von denen auch die etablierte Industrie abhängig ist. Wir brauchen zudem faire Investitionsbedingungen für Unternehmen.

Deutschland benötigt als führende Exportwirtschaft eine aktive Begleitung von Investitionen und international wettbewerbsfähige Banken. Wir wollen deshalb den Finanzstandort Frankfurt stärken.



### 3. Digitalisierung – Investitionen in die Infrastruktur der Zukunft

Die Digitalisierung sämtlicher Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche entfaltet bereits seit einigen Jahren eine enorme Dynamik für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Die vierte industrielle Revolution (sog. »Industrie 4.0«) hat Produktion, Wertschöpfungsketten, Dienstleistungen, Kommunikation und Gesellschaft bereits stark verändert. Das »Internet of Things« wird künftig vermehrt Daten produzieren, die neben Kapital, Arbeit und Boden zum neuen Produktionsfaktor werden. Autonomes Fahren, FinTech, Kommunikation oder neue Assistenzsysteme werden unser Leben erleichtern. Wir werden aber auch eine neue Balance zwischen technischen Möglichkeiten und persönlichen Datenschutzrechten entwickeln müssen. Der Begriff »Big Data« vermittelt dabei nicht nur enorme Chancen, sondern stellt Politik und Wirtschaft auch vor neue Herausforderungen. Dabei muss zeitnah rechtliche Klarheit über die Hoheit der Daten geschaffen werden, auch um der Industrie Rechts- und Planungssicherheit zu verschaffen.

Insbesondere »Künstliche Intelligenz« wird als Treiber für innovative Produkte und Dienstleistungen eine immer stärkere Rolle spielen. Künstliche Intelligenz wird absehbar in der Lage sein, zahlreiche, derzeit von Menschen ausgeführte, Unternehmensprozesse zu übernehmen. Anwendungsfelder sind z. B. autonome Systeme, Roboter und Sprachassistenzsysteme. Es gibt Schätzungen, nach denen durch den Einsatz der Künstlichen Intelligenz eine Steigerung der Bruttowertschöpfung in Deutschland um über eine Billion Euro bis 2035 möglich ist.

Beim verstärkten Einsatz der Künstlichen Intelligenz stellen sich auch ethische und rechtliche (Haftungs-) Fragen, die einer zeitgemäßen Antwort bedürfen. Die kürzlich einberufene Enquete-Kommission »Künstliche Intelligenz – Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche Potenziale« kann diese Fragen beantworten.

Wir brauchen eine stärkere Beschleunigung der Digitalisierungsvorhaben in Deutschland. Mit staatlichen Investitionen müssen neue Infrastrukturen geschaffen werden, auf denen sich erfolgreiche Unternehmen entwickeln können. Dazu gehören neben den klassischen Straßen, Schienen und Wasserwegen vor allem intelligente Stromnetze (Smart Grid) sowie Giganetze und 5G-Standards im Mobilfunk.

Hierzu gehören auch eine deutliche Beschleunigung von Planungsprozessen und eine Verringerung von überflüssiger Bürokratie auf allen Verwaltungsebenen. Nicht nur der Bund, auch die Länder und Kommunalebene sollten in einer Verantwortung die bestehenden Prozesse nach überflüssiger Bürokratie durchforsten und an deren Abbau arbeiten. Bei der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen für die Wirtschaft und die Bürger in unserem Land müssen wir deutlich besser werden. Darüber hinaus benötigen wir neue Abschreibungsregelungen für digitale Investitionen.

## 4. Energiepolitik – Energiesystem der Zukunft gestalten

Die Energiewende mit dem Ziel der Defossilisierung unseres Energiesystems zum Erreichen der Klimaziele bietet die Chance der Modernisierung unseres Wirtschaftsstandortes. Bis dahin wird für den Übergang aber noch konventionelle Strom- und Wärmeerzeugung nötig sein. Unter Beachtung des Zieldreiecks der sicheren, sauberen und bezahlbaren Energieversorgung wollen wir ein Energiesystem mit Vorbildcharakter schaffen.

Bisher erfolgt insbesondere eine Stromwende: Der Ausstieg aus der Kernenergie ist beschlossene Sache, der Anteil der Erneuerbaren Energien steigt und auch das Ende der Kohleverstromung ist eingeleitet. Der weitere Ausbau Erneuerbarer und die Reduzierung der fossilen Energien darf die Versorgungssicherheit in heutiger Qualität nicht gefährden. Der Ausstieg muss mit einem sozial- und regionalverträglichen Ausstiegspfad verbunden werden. Dies muss vor Ort mit klugen regional- und strukturpolitischen Maßnahmen begleitet werden, um den betroffenen Menschen eine realistische Zukunftsperspektive zu geben.

Damit die Energiewende langfristig ein Erfolg wird, muss die Sektorenkopplung verstärkt werden, also die Verbindung der Sektoren Strom, Wärme und Verkehr – angetrieben von »grünem« Strom. Hierfür muss auch das bisherige Abgaben- und Umlagensystem unter die Lupe genommen werden. Gleichwohl darf man sich nicht politisch auf eine »all electric society« versteifen.

Kurzfristig müssen insbesondere die Netzertüchtigung sowie der Netzausbau im Vordergrund stehen; es muss die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger für den Ausbau von Netzen und Erneuerbarer Energie erhalten bleiben. Die Rolle der dezentralen Energieversorgung muss dabei berücksichtigt werden. Darüber hinaus sind effiziente Energiespeichersysteme zu installieren und weiterzuentwickeln.

Als letzter fossiler Energieträger wird Erdgas benötigt werden. Hier leistet die geplante Pipeline Nordstream II einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit. Den Interessen der mittel- und osteuropäischen Ländern ist dabei Rechnung zu tragen. Auch Import von LNG wird einen weiteren wichtigen Beitrag leisten. Die dafür nötige Infrastruktur ist zu erstellen. Für die Sektorenkopplung ist eine intakte Gasinfrastruktur auch deshalb notwendig, um den erneuerbar erzeugten Wasserstoff in das bestehende Gasnetz einzuspeisen.

## 5. Investitionen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels

In der demographischen Entwicklung und dem spürbar zunehmenden Fachkräftemangel liegen Risiken für weite Teile der Wirtschaft in Deutschland. Eine bessere Bildung, eine innovative Aus- und Weiterbildung, ein modernes Einwanderungsgesetz und gute, mitbestimmte und tarifgebundene Arbeit sind nötig, um ein attraktives und innovatives Arbeitsplatzangebot zu schaffen und zu erhalten. Erste Schritte für eine Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern sind bereits getan, weitere müssen folgen. Damit kann der Bund stärker in die Ausstattung der Schulen investieren. Die Bildungsausgaben müssen insgesamt massiv steigen und wir brauchen deutlich mehr Vermittlung von Kompetenzen in den Bereichen Wirtschaft und Digitalisierung. Alle Schularten müssen hierbei gefördert werden.

Gerade in der Arbeitswelt gibt es noch Potenziale, die gehoben werden können, damit der bereits deutliche spürbare Fachkräftemangel in der Wirtschaft nicht zu einem ernststen Wachstumshemmer wird. Neben der Einbindung auch von älteren Menschen denken wir an die stärkere Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt. Die Vereinbarkeit Familie und Beruf ist dabei nur ein Aspekt eines an Lebensphasen orientierten flexiblen Arbeitszeitmodells.

Ganz wichtig ist dabei auch eine lebenslange Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeit. Hier hat Bundesarbeitsminister Hubertus Heil einen zukunftsfähigen Ansatz gewählt, der rasch umgesetzt werden muss. Ziel seiner Qualifizierungsoffensive ist es, Mitarbeiter und Unternehmen organisatorisch, finanziell und mental auf den Wandel des Arbeitsmarktes vorzubereiten. In erster Linie liegt die Verantwortung für diese Qualifizierung bei den Unternehmen, für die richtigen politischen Rahmenbedingungen muss jedoch die Politik sorgen. Eine Qualifizierungsoffensive kann daher nur ein erster Baustein für eine notwendige Weiterbildungsstrategie sein, die schnell und unmittelbar Wirkung auf dem Arbeitsmarkt entfaltet.

## 6. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land

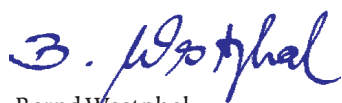
Gleichwertige Lebensverhältnisse auf der Makroebene in Teilen der Bundesrepublik und auf Mikroebene in Stadt und Land bleiben für uns ein zentrales Ziel. Denn die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse entscheidet, ob die Bürgerinnen und Bürger für sich in ihrer Heimat eine Zukunft sehen und ob wir einen starken Zusammenhalt bewahren und die Vielfalt unserer Regionen erhalten können. Der Koalitionsvertrag auf Bundesebene sieht dafür die Einrichtung einer Kommission vor. Sie ist gefordert, Lösungen für strukturell unterfinanzierte und höchst verschuldete Kommunen zu finden.

Wir wollen, dass die Menschen auch in den dünner besiedelten, ländlichen Regionen einen guten Zugang zu Leistungen der Daseinsvorsorge haben und am Aufbau neuer, moderner Infrastrukturen partizipieren. Wir wollen, dass der Strukturwandel in den Stadtregionen mit hoher Arbeitslosigkeit gelingt und die Menschen unabhängig von der Finanzlage ihrer Städte öffentliche Infrastrukturen in guter Qualität vorfinden. Die innerdeutschen Unterschiede bei der Wirtschafts- und Steuerkraft, den Löhnen und am Arbeitsmarkt wollen wir weiter abbauen.

Das Wirtschaftsforum der SPD sollte daher bei der Bundesregierung einfordern, dass sie für die Zeit nach dem Auslaufen des Solidarpakts II ein gesamtdeutsches Fördersystem »Gleichwertigkeit 2030« entwickelt. Ein solches System muss für alle Regionen Angebote zur Bewältigung regionaler Herausforderungen machen, den Schwerpunkt der Unterstützung aber auf die strukturschwachen ländlichen und städtischen Regionen legen, weil dort der größte Nachholbedarf zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse besteht. Diese Regionen müssen nach bundeseinheitlichen, objektiven Kriterien abgegrenzt werden.

Diese 6 Punkte sind Kernpunkte einer Agenda für das Wirtschaftsforum der SPD e.V. im Einsatz für inklusives Wachstum, verstärkte europäische Zusammenarbeit, eine faire Gestaltung der Globalisierung und Zukunftsinvestitionen in Nachhaltigkeit, moderne Infrastrukturen und nicht zuletzt die Menschen in unserem Lande.

Berlin, April/Mai 2019



Bernd Westphal  
Vorsitzender



Anke Rehlinger  
Stellv. Vorsitzende

# Mitglieder des Politischen Beirats



**Bernd Westphal**  
Vorsitzender



**Anke Rehlinger**  
Stellv. Vorsitzende

## **Doris Ahnen**

MdL, Ministerin der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz

## **Lothar Binding**

MdB, Sprecher der AG Finanzen der SPD-Bundestagsfraktion

## **Bernhard Daldrup**

MdB, Sprecher der AG Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen der SPD-Bundestagsfraktion

## **Martin Dulig**

MdL, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Freistaates Sachsen

## **Jens Geier**

MdEP, Vorsitzender der Europa-SPD, S&D-Fraktion

## **Albrecht Gerber**

Minister für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg a. D.

## **Michael Groschek**

Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen a. D.

## **Reiner Hoffmann**

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

## **Johannes Kahrs**

MdB, Sprecher der Arbeitsgruppe Haushalt der SPD-Bundestagsfraktion

## **Christian Kern**

MdNR, Bundesparteiobmann der SPÖ, Bundeskanzler der Republik Österreich a. D.

## **Arno Klare**

MdB, SPD-Bundestagsfraktion

## **Lars Klingbeil**

MdB, Generalsekretär der SPD

## **Dr. Matthias Kollatz**

Senator der Finanzen des Landes Berlin

## **Bernd Lange**

MdEP, Vorsitzender des Handelsausschusses des Europäischen Parlaments, S&D-Fraktion

## **Olaf Lies**

MdL, Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz des Landes Niedersachsen

## **Kirsten Lühmann**

MdB, Sprecherin der AG Verkehr und digitale Infrastruktur der SPD-Bundestagsfraktion

## **Matthias Machnig**

Staatssekretär a. D.

**Reinhard Meyer**

Chef der Staatskanzlei des Landes  
Mecklenburg-Vorpommern

**Dr. Matthias Miersch**

MdB, stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestags-  
fraktion

**Michael Müller**

MdA, Regierender Bürgermeister von Berlin

**Dr. Frank Nägele**

Staatssekretär für Verwaltungs- und  
Infrastrukturmodernisierung des Landes Berlin

**Mahmut Özdemir**

MdB, SPD-Bundestagsfraktion

**Sabine Poschmann**

MdB, stellv. Sprecherin der AG Wirtschaft und  
Energie der SPD-Bundestagsfraktion

**Florian Post**

MdB, SPD-Bundestagsfraktion

**Anke Rehlinger**

MdL, Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie  
und Verkehr des Saarlandes

**Johann Saathoff**

MdB, SPD-Bundestagsfraktion

**Thorsten Schäfer-Gümbel**

MdL, stellv. SPD-Bundesvorsitzender,  
Landesvorsitzender und Fraktionsvorsitzender  
der SPD Hessen

**Olaf Scholz**

Bundesminister der Finanzen

**Dr. Nils Schmid**

MdB, Sprecher der Arbeitsgruppe Außenpolitik  
der SPD-Bundestagsfraktion

**Prof. Dr. Wolfgang Schroeder**

Professor an der Universität Kassel

**Prof. Dr. Gesine Schwan**

Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission

**Rita Schwarzelühr-Sutter**

MdB, Parl. Staatssekretärin bei der  
Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und  
nukleare Sicherheit

**Alexander Schweitzer**

MdL, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag  
von Rheinland-Pfalz

**Prof. Dr. h. c. Peer Steinbrück**

Bundesminister a. D.

**Andreas Stoch**

MdL, Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion im  
Landtag von Baden-Württemberg

**Heike Taubert**

MdL, Ministerin der Finanzen des Landes Thüringen

**Wolfgang Tiefensee**

Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und  
Digitale Gesellschaft des Landes Thüringen

**Michael Vassiliadis**

Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau,  
Chemie, Energie

**Ute Vogt**

MdB, SPD-Bundestagsfraktion

**Stephan Weil**

MdL, Ministerpräsident des Landes Niedersachsen

**Bernd Westphal**

MdB, Sprecher der AG Wirtschaft und Energie der  
SPD-Bundestagsfraktion

**Dr. Jens Zimmermann**

MdB, Sprecher der AG Digitale Agenda der  
SPD-Bundestagsfraktion

**Brigitte Zypries**

Bundesministerin a. D.

## **Impressum**

Herausgeber **Wirtschaftsforum der SPD e.V.**  
vertreten durch das geschäftsführende Präsidium  
Dr. Michael Frenzel (Präsident)  
Harald Christ (Schatzmeister)  
Prof. Dr. Ines Zenke  
Robert M. Maier

V.i.S.d.P. Dr. Frank Wilhelmy, Geschäftsführer

Anschrift Dorotheenstraße 35  
10117 Berlin

Telefon +49 (0)30 400 40 660  
Fax +49 (0)30 400 40 666  
E-Mail [mail@spd-wirtschaftsforum.de](mailto:mail@spd-wirtschaftsforum.de)  
Internet [spd-wirtschaftsforum.de](http://spd-wirtschaftsforum.de)

Gestaltung und Satz Anette Gilke, Hannover

Fotos Seite 4: Wirtschaftsforum der SPD e.V. / Marco Urban  
Seite 7: privat

Mai 2019

